

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 19.12.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader
Herr Bley
Herr Dr. Blöcker
Herr Böttcher
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Frau Buchholz
Herr Dr. Dr. Büchs
Herr Disterheft
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. E. Flake
Herr F. Flake
Herr Graffstedt
(Frau Gries)
Herr M. Hahn
Frau S. Hahn
Herr Hinrichs
Frau vom Hofe
Frau Ihbe
Frau Jalyschko
Frau Jaschinski-Gaus
Frau Johannes
Herr Jordan
Frau Kaphammel
(Frau Keller)
Herr Köster

Herr Kühn
Herr Lehmann
Herr Manlik
Herr Merfort
Herr Möller
Herr Dr. Mühlnickel
Herr Dr. Müller
Frau Mundlos
Frau Naber
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Frau Pantazis
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Scherf
Frau Schneider
Herr Scholze
Herr Schrader
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Herr Dr. Vollbrecht
Herr Weber
Herr Wendroth
Herr Wendt
Frau Willimzig-Wilke
Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.11.2017
- 3 Mitteilungen
- 4 Anträge
 - 4.1 Herbizidfreies Braunschweig
Antrag der BIBS-Fraktion 17-04455
 - 4.1.1 Herbizidfreies Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung 17-04455-01
 - 4.1.2 Herbizidfreies Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung 17-04455-02
 - 4.2 Langer Tag der StadtNatur in Braunschweig
Antrag der BIBS-Fraktion 17-04117
 - 4.2.1 Langer Tag der StadtNatur
Mitteilung der Verwaltung 17-05864
 - 4.3 Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt
Antrag der Fraktion Die Linke. 17-05485
 - 4.3.1 Änderungsantrag zur Vorlage - 17-05485 / Barrierefreiheit
Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. 17-06017
 - 4.3.2 Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt"
Änderungsantrag der SPD-Fraktion 17-06021
 - 4.3.3 Änderungsantrag zum TOP 4.3 "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt" - hier besonders Rathaus-Altbau
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion 17-06036
 - 4.3.4 Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt"
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., BIBS, Die Fraktion P² 17-06050
 - 4.3.5 Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485-01
Stellungnahme der Verwaltung
 - 4.4 Grüne Welle auf dem Ring
Antrag der AfD-Fraktion 17-05918

4.4.1	Grüne Welle auf dem Ring Stellungnahme der Verwaltung	17-05918-01
4.5	Sicherstellen eines unverzüglichen Informationsflusses bei Störfällen in Thune zu Anwohnern und Einrichtungen vor Ort Antrag der BIBS-Fraktion	17-06006
4.6	Dringlichkeitsantrag: Braunschweig-Mobil-Ticket - Dauerhafte Ausweitung der Nutzungszeit Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion	17-06020
5	Umbesetzung in Ausschüssen	17-05966
6	Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler und der Eltern in den Schulausschuss	17-05935
7	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	17-06002
8	Satzung für Einwohnerbefragungen	17-05917
8.1	Satzung für Einwohnerbefragungen / Änderungsantrag zur Be- schlussvorlage 17-05917 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	17-06025
8.2	Satzung für Einwohnerbefragungen / Änderungsantrag zur Be- schlussvorlage 17-05917 Stellungnahme der Verwaltung	17-06025-01
9	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	17-05728
10	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05829
10.1	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05829-01
10.2	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05829-02
10.3	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05829-03
10.4	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05829-04

11	Anwendung der GemHKVO über den 31.12.2016 hinaus gemäß § 63 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO)	17-05458
12	Übernahme von Ausfallbürgschaften für zwei Kreditaufnahmen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH	17-05834
13	Aufnahme von Darlehen und Weitergabe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) Grundsatzentscheidung	17-05843
14	Veräußerung des städtischen Miteigentumsanteils am Grundstück Wendenstraße 69/Fallersleber Straße 1 und langfristige Anmietung von Büroflächen in dem Gebäude	17-05858
15	Projekt Sanierung Stadthalle	17-05842
15.1	Projekt Sanierung Stadthalle	17-05842-01
15.2	Projekt Sanierung Stadthalle	17-05842-02
15.3	Änderungsantrag zu 17-05842, Projekt Sanierung Stadthalle Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-06014
15.4	Projekt Sanierung Stadthalle Änderungsantrag zur Vorlage 17-05842-02 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	17-06022
16	Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten	17-05824
17	Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2018, in den Weihnachtsferien 2018/2019 sowie für die Familienfreizeit 2018	17-05732
18	Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe; Sanierung / Instandhaltungspauschale	17-05890
19	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	17-05113
20	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	17-05512
20.1	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	17-05512-01
20.2	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	17-05512-02

21	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäudes für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionsakt Soziale Integration"	17-05536
22	Anträge- Fortsetzung (weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
23	Anfragen	
23.1	Sportstättensituation Volkmarode Anfrage der SPD-Fraktion	17-06007
23.1.1	Sportstättensituation Volkmarode	17-06007-01
23.2	Spezielle Schmerztherapie und Ermächtigung Anfrage der AfD-Fraktion	17-05995
23.2.1	Spezielle Schmerztherapie und Ermächtigung	17-05995-01
23.3	Antworten der Stadt Braunschweig auf derzeitige ökologische Grundprobleme Anfrage der BIBS-Fraktion	17-06009
23.3.1	Antworten der Stadt Braunschweig auf derzeitige ökologische Grundprobleme	17-06009-01
23.4	Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-06001
23.4.1	Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen	17-06001-01
23.5	Sachstandsanfrage zu Antragsvorbereitungen auf Verleihung des Städtenamens "Hansestadt" Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	17-05988
23.5.1	Sachstandsanfrage zu Antragsvorbereitungen auf Verleihung des Städtenamens "Hansestadt"	17-05988-01
23.6	Kluge Ampeln für eine echte Smart City Braunschweig Anfrage der FDP-Fraktion	17-05990
23.6.1	Kluge Ampeln für eine echte Smart City Braunschweig	17-05990-01
23.7	Fahrradabstellsituation am Hauptbahnhof Anfrage der SPD-Fraktion	17-06008
23.7.1	Fahrradabstellsituation am Hauptbahnhof	17-06008-01
23.8	Kosten für die Sicherung des Weihnachtsmarktes 2017 Anfrage der AfD-Fraktion	17-06010
23.8.1	Kosten für die Sicherung des Weihnachtsmarktes 2017	17-06010-01

23.9	Bildungsgerechtigkeit - Häufigkeit der Schulverweigerung Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-06000
23.9.1	Bildungsgerechtigkeit - Häufigkeit der Schulverweigerung	17-06000-01
23.10	Zwischenfall in Thune: Warum schweigt die Verwaltung? Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion	17-06032
23.10.1	Zwischenfall in Thune: Warum schweigt die Verwaltung?	17-06032-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Unterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.3: Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt:
Änderungsanträge 17-06017, 17-06021 und 17-06036
- Zu TOP 6: Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler und der Eltern in den Schulausschuss:
Vorlage 17-05935
- Zu TOP 7: Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses:
Vorlage 17-06002
- Zu TOP 8: Satzung für Einwohnerbefragungen:
Änderungsantrag 17-06025, Stellungnahme 17-06025-01
- Zu TOP 15: Projekt Sanierung Stadthalle:
Änderungsanträge 17-06014 und 17-06022
- Zu TOP 26 Veräußerung des städtischen Miteigentumsanteils am Grundstück
Wendenstr./Fallersleber Str. und langfristige Anmietung:
Vorlage 17-05861-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist weiter darauf hin, dass der unter Tagesordnungspunkt 4.1 genannte Antrag 17-04455 –Herbizidfreies Braunschweig in der Sitzung des Grünflächenausschusses zurückgestellt worden ist und die Beratung daher in der heutigen Sitzung entfällt. Er schlägt vor, die Tagesordnung ohne diesen Punkt festzustellen. Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass damit insgesamt zwei Anträge der BIBS-Fraktion vorliegen, so dass der unter Tagesordnungspunkt 22.1 genannte Antrag 17-06006 der BIBS-Fraktion vorgezogen und unter TOP 4.5 behandelt werden kann.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass von der SPD-Fraktion der Dringlichkeitsantrag 17-06020-Braunschweig-Mobil-Ticket – Dauerhafte Ausweitung der Nutzungszeit- vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsfrau Schütze begründet. Er lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen anerkannt wird. Der Dringlichkeitsantrag wird unter Tagesordnungspunkt 4.6 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt führt weiter aus, dass von der BIBS-Fraktion die Dringlichkeitsanfrage 17-06032- Zwischenfall in Thune: Warum schweigt die Verwaltung?- vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsfrau Buchholz begründet. Im Anschluss daran lässt er über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei zwei Gegenstimmen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter Tagesordnungspunkt 23.10 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass vorgesehen ist, die Tagesordnungspunkte 24 bis 27 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Er lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:13 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.11.2017

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 7. November 2017 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Herbizidfreies Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion	17-04455
4.1.1. Herbizidfreies Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	17-04455-01
4.1.2. Herbizidfreies Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	17-04455-02

Ergebnis:

Die Beratung des Antrages 17-04455 wurde in der Sitzung des Grünflächenausschusses am 8.12.2017 zurückgestellt. Die Beratung im Rat entfällt.

4.2. Langer Tag der StadtNatur in Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion	17-04117
4.2.1. Langer Tag der StadtNatur Mitteilung der Verwaltung	17-05864

Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Antrag 17-04117 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung lädt Braunschweiger Umweltverbände, Einrichtungen und Interessierte zu einem Runden Tisch „StadtNatur in Braunschweig“ ein, der sich zum Ziel setzt, die Voraussetzungen zu schaffen, im Jahre 2018 einen ‚Langen Tag der StadtNatur‘ in Braunschweig durchzuführen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

4.3. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt	17-05485
Antrag der Fraktion Die Linke.	
4.3.1. Änderungsantrag zur Vorlage - 17-05485 / Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt	17-06017
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	
4.3.2. Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt"	17-06021
Änderungsantrag der SPD-Fraktion	
4.3.3. Änderungsantrag zum TOP 4.3 "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt" - hier besonders Rathaus-Altbau	17-06036
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	
4.3.4. Änderungsantrag zum TOP "Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt"	17-06050
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., BIBS, Die Fraktion P ²	
4.3.5. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt	17-05485-01
Stellungnahme der Verwaltung	

Ratsfrau Ohnesorge bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 17-06050 ein und erklärt, dass dieser die vorher eingereichten Anträge 17-05485, 17-06017, 17-06021 und 17-06036 ersetzt und zur Abstimmung gestellt werden soll. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 17-06050 abstimmen und weist darauf hin, dass mit diesem Beschluss die Punkte aus dem Änderungsantrag 17-06036 an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden.

Ergebnis zum Änderungsantrag 17-06036:

Die im Änderungsantrag 17-06036 genannten Punkte werden durch den Beschluss über Änderungsantrag 17-06050 (Nr. 4) an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Beschluss zum Änderungsantrag 17-06050:

1. Die vorhandene Gegensprechanlage für Menschen mit Behinderungen, die sich neben dem Rathauseingang befindet, wird an einen besseren Platz versetzt. Weiter soll sie so umgestaltet werden, dass sie für Menschen mit Behinderungen besser erkennbar ist und damit deutlich wird, dass alle Anliegen mit dem Pförtner und/oder dem Bürgerbüro besprochen werden können. Alternativ ist auch die Errichtung einer weiteren Gegensprech-anlage möglich.
2. Die Beschilderung über die barrierefreien Wege im Rathaus wird verbessert.
3. Im Jahr 2018 sollen die Eingangstür im Gesundheitsamt barrierefrei umgebaut und der defekte Fahrstuhl erneuert bzw. repariert werden.
4. Die im Änderungsantrag der BIBS-Fraktion genannten Punkte werden zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen:
 - 1a) Sämtliche Türen der Rathausflure, die noch nicht umgerüstet wurden, werden mit Türsternen und Drehflügelantreibern barrierefrei ausgerüstet.
 - 1b) Alternativ können die Türen auf den Gängen während der Bürozeiten offen gelassen werden, um sie nur nach Bedarf, d. h. zu besonderen Anlässen und ggf. außerhalb der Bürozeiten zu schließen.
 - 2a) Die Verwaltung wird gebeten, Räumungs- und Evakuierungspläne auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass über Aufzüge barrierefrei erreichbare Hochgeschosse nicht zur Todesfalle werden.
 - 2b) Alternativ möge die Verwaltung mittelfristig im Rathausbereich eine barrierefreie Anlaufstelle im Erdgeschoss (etwa unter den Rathaus-Arkaden) einrichten, um nicht nur einen barrierefreien Zugang, sondern im Notfall auch ein sicheres Verlassen der öffentlichen Einrichtung zu ermöglichen. Diese Anlaufstelle könnte von allen Mitbar-

beiterInnen der Verwaltung sowie der Politik genutzt werden, um sich mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

4.4. Grüne Welle auf dem Ring Antrag der AfD-Fraktion	17-05918
4.4.1. Grüne Welle auf dem Ring Stellungnahme der Verwaltung	17-05918-01

Ratsherr Weber bringt den Antrag 17-05918 in geänderter Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Die Verwaltung wird beauftragt, *im Rahmen der ständigen Koordination der Lichtsignalanlagen eine Optimierung zu prüfen und* die Grundlagen für die Einführung einer "Grünen Welle" auf dem Ring (Rebenring, Altewiekring, Hagenring etc.) sowie auf weiteren Hauptverkehrstraßen in Braunschweig zu erarbeiten, und den zuständigen Fachausschüssen die Ergebnisse bis Ende 2018 vorzustellen.“

Abstimmungsergebnis:
bei 5 Fürstimmen abgelehnt

4.5. Sicherstellen eines unverzüglichen Informationsflusses bei Störfällen in Thune zu Anwohnern und Einrichtungen vor Ort Antrag der BIBS-Fraktion	17-06006
--	-----------------

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt die Überweisung in die zuständigen Ausschüsse. Nach Aussprache erklärt Ratsvorsitzender Graffstedt, dass der Verwaltungsausschuss empfiehlt, den Antrag zur Beratung an den Planungs- und Umweltausschuss zu verweisen und lässt über die Verweisung an diesen Ausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Der Antrag 17-06006 wird zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss verweisen.“

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Verweisung in den Fachausschuss):
bei Gegenstimmen beschlossen

5. Umbesetzung in Ausschüssen	17-05966
--------------------------------------	-----------------

Beschluss:
„1. Bauausschuss

Anstelle von Ratsherrn Maximilian Hahn wird Ratsherr Christian Bley in den Bauausschuss entsandt. Ratsherr Maximilian Hahn wird Stellvertreter.

2. Sportausschuss

Anstelle von Ratsherrn Christian Bley wird Ratsherr Maximilian Hahn in den Sportausschuss entsandt. Ratsherr Christian Bley wird Stellvertreter.

3. Grünflächenausschuss

Herr Carsten Wurm wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion als Bürgermitglied in den Grünflächenausschuss entsandt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

6. Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler und der Eltern in den Schulausschuss 17-05935

Beschluss:

„1. Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden in den Schulausschuss berufen:
Herr Simon Parker als Mitglied für die allgemein bildenden Schulen
Herr Ahmed Naffouti als Mitglied für die berufsbildenden Schulen
Herr Jan-Philip Fahrbach als 1. Ersatzmitglied und Frau Tippi van Haßelt als
2. Ersatzmitglied für die allgemein bildenden Schulen

2. Auf Vorschlag des Stadtelternrates werden in den Schulausschuss berufen:
Herr Ralf Gebhardt als Mitglied für die berufsbildenden Schulen“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

7. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses 17-06002

Beschluss:

„Frau Marion Lenz wird als kommunale Frauenbeauftragte beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.
Ihre Vertretung soll weiterhin durch Frau Ulrike Adam wahrgenommen werden.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

8. Satzung für Einwohnerbefragungen 17-05917

8.1. Satzung für Einwohnerbefragungen / Änderungsantrag zur Be- schlussvorlage 17-05917 17-06025

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.2. Satzung für Einwohnerbefragungen / Änderungsantrag zur Be- schlussvorlage 17-05917 17-06025-01

Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Dr. Flake bringt den Änderungsantrag 17-06025 ein und begründet diesen. Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst den Änderungsantrag 17-06025 und anschließend die Vorlage 17-05917 zur Abstimmung.

Beschluss zur Vorlage 17-05917:

„Die als Anlage beigefügte Satzung für Einwohnerbefragungen wird beschlossen. Gleichzeitig wird die Satzung für Bürgerbefragungen aus dem Jahr 2003 aufgehoben.“

Abstimmungsergebnis:
bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Beschluss zum Änderungsantrag 17-06025:

„Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:
Die Satzung für Bürgerbefragungen aus dem Jahr 2003 wird aufgehoben. Auf eine neue Satzung für Einwohnerbefragungen wird verzichtet.“

Abstimmungsergebnis:
bei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

10. Haushaltsvollzug 2017	17-05829
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
10.1. Haushaltsvollzug 2017	17-05829-01
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
10.3. Haushaltsvollzug 2017	17-05829-03
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
10.4. Haushaltsvollzug 2017	17-05829-04
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Punkt insgesamt fünf Beschlussvorlagen vorliegen und die Vorlage 17-05829-02 mit dem Projekt Sanierung Stadthalle im Zusammenhang steht. Er schlägt daher vor, die Vorlage 17-05829-02 nach dem Beschluss über die Vorlage zum Projekt Sanierung Stadthalle zur Abstimmung zu stellen. Er stellt fest, dass der Rat einverstanden ist, so zu verfahren und lässt unter diesem Punkt nur über die Vorlagen 17-05829, 17-05829-01, 17-05829-03 und 17-05829-04 abstimmen.

Beschluss:

„Den in den Vorlagen 17-05829, Vorlagen 17-05829-01, 17-05829-03 und 17-05829-04 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu 17-05829, 17-05829-01, 17-05829-03 und 17-05829-04:
einstimmig beschlossen

11. Anwendung der GemHKVO über den 31.12.2016 hinaus gemäß § 63 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO)	17-05458
---	----------

Beschluss:

„Gemäß § 63 Abs. 1 KomHKVO wird beschlossen, dass § 45 Abs. 6 und § 47 Abs. 2 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung weiter anwendbar bleiben, jedoch nicht für Haushaltsjahre, die nach dem 31. Dezember 2020 beginnen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 12. Übernahme von Ausfallbürgschaften für zwei Kreditaufnahmen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH** 17-05834

Beschluss:

- „1. Die von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH beantragte Übernahme von Ausfallbürgschaft für zwei Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt 15.170.000 € zuzüglich Zinsen und etwaigen Kosten wird beschlossen.
- 2. Sofern die Zinsbindungen nicht für die komplette Laufzeit der Darlehen vereinbart werden, wird die Verwaltung ermächtigt, die nach deren Ablauf erforderlichen Prolongationen oder Umschuldungen durch Bürgschaftserklärungen zu sichern.
- 3. Sofern im Zusammenhang mit den unter Ziffer 1 dargestellten Darlehensaufnahmen Zinssicherungsgeschäfte vereinbart werden, wird die Verwaltung ermächtigt, diese ggf. durch Bürgschaftserklärungen zu sichern.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 13. Aufnahme von Darlehen und Weitergabe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) Grundsatzentscheidung** 17-05843

Beschluss:

„Der Konzernkreditaufnahme 2018 gem. § 181 NKomVG (Experimentierklausel) wird zugesimmt, ein Antrag auf Zulassung einer Ausnahme von § 120 NKomVG (Kredite) wird gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 14. Veräußerung des städtischen Miteigentumsanteils am Grundstück Wendenstraße 69/Fallersleber Straße 1 und langfristige Anmietung von Büroflächen in dem Gebäude** 17-05858

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 17-05858 abstimmen.

Beschluss:

- „1. Der Veräußerung des städtischen Miteigentumsanteils am Grundstück Wendenstraße 69/Fallersleber Straße 1 an das Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung e. V. wird zugestimmt.
- 2. Dem Abschluss eines Mietvertrages über eine Fläche von rd. 2.000 m² im Gebäudekomplex Wendenstraße 69/Fallersleber Straße 1 über einen Zeitraum von 20 Jahren wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|-------------|
| 15. Projekt Sanierung Stadthalle | 17-05842 |
| 15.1. Projekt Sanierung Stadthalle | 17-05842-01 |
| 15.2. Projekt Sanierung Stadthalle | 17-05842-02 |
| 15.3. Änderungsantrag zu 17-05842, Projekt Sanierung Stadthalle Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | 17-06014 |
| 15.4. Projekt Sanierung Stadthalle Änderungsantrag zur Vorlage 17-05842-02 Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 17-06022 |
| 10.2. Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG | 17-05829-02 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Ergänzungen zu der Vorlage und die Änderungsanträge 17-06014 und 17-06022 hin. Erster Stadtrat Geiger bringt die Vorlage ein und erläutert einzelne Punkt des Projektes. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 17-06014 und anschließend über den Änderungsantrag 17-06022 abstimmen. Danach stellt er die Vorlage 17-05842-02 in der Fassung des beschlossenen Änderungsantrages 17-06022 zur Abstimmung. Nach Abschluss der Abstimmung zu dem Punkt lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die zuvor zurückgestellte Vorlage 17-05859-02 abstimmen.

Beschluss zur Vorlage 17-05842-02 (ergänzt um den beschlossenen Änderungsantrag 17-06022):

- „1. Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells (erweitertes TU-Modell) zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.
2. Die Verwaltung wird eine Stellungnahme in Richtung des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege (NLD) formulieren und übersenden, die neben einer grundsätzlichen Akzeptanz eines Denkmalstatus für das Gebäude der Stadthalle auch kritische Punkte benennt, insbesondere die geplante Ausweisung des Parkdecks, und Hinweise gibt zur Notwendigkeit einer flexiblen Nutzung im Inneren. **Einen möglichen Denkmalstatus für das Parkdeck lehnt die Stadt Braunschweig entschieden ab und die Verwaltung unternimmt alle Schritte, um diesen zu verhindern.**“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen

Beschluss zum Änderungsantrag 17-06014

- „1. In einem europaweiten Realisierungswettbewerb mit einem vorgesetztenen Bewerber-Auswahlverfahren wird ermittelt, wie die Stadthalle Braunschweig am geeignetesten saniert und zu einem modernen Kulturzentrum der Braunschweiger Region umgestaltet werden kann.
2. Auf Basis des Siegerentwurfes ist dem Rat zeitnah eine Vorlage zur Umsetzung vorzulegen.
3. Bei den in der Vorlage 17-05963 (Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft) angekündigten Stellenschaffungen beim FB 65 sind neue Stellen für eine Beteiligung der Hochbauverwaltung an diesem Sanierungsprojekt zu berücksichtigen.
4. Zusätzlich wird auf Basis des Siegerentwurfes die Projektsteuerung sowie die technische und wirtschaftliche Beratung mit einem Ausschreibungsverfahren an ein leistungsstarkes und mit entsprechenden Referenzen versehenes Unternehmen vergeben.
5. Im Anschluss wird von der gestärkten Hochbauverwaltung und dem Projektsteuerer ermittelt, ob die Eigenerledigung (Vergabe nach Gewerken) oder die Vergabe an einen Totalunternehmer am wirtschaftlichsten ist. Eine Vergabe von Sanierungsmaßnahmen über 20 Jahre erfolgt nicht ("erweitertes Totalunternehmer Modell").
6. Nach Durchführung dieser Schritte ist dem Rat eine Gesamtvorlage zuzuleiten und mit der Sanierung zu beginnen.
7. Parallel zu diesem Verfahren wird die Verwaltung gebeten, alle Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer finanziellen Förderung der Sanierung und Modernisierung der Stadthalle Braunschweig führen können.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Fürstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zum Änderungsantrag 17-06022:

„1. Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells (erweitertes TU-Modell) zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.

2. Die Verwaltung wird eine Stellungnahme in Richtung des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege (NLD) formulieren und übersenden, die neben einer grundsätzlichen Akzeptanz eines Denkmalstatus für das Gebäude der Stadthalle auch Hinweise zur Notwendigkeit einer flexiblen Nutzung im Inneren gibt. **Einen möglichen Denkmalstatus für das Parkdeck lehnt die Stadt Braunschweig entschieden ab und die Verwaltung unternimmt alle Schritte, um diesen zu verhindern.**“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen

Beschluss zur Vorlage 17-05829-02:

„Den in dieser Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung über die Vorlage 17-05829-02
bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Um 16:40 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause und weist darauf hin, der Dringlichkeitsantrag 17-06020 nach der Pause behandelt wird. Die Sitzung wird um 17:15 Uhr unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Naber fortgesetzt.

4.6. Dringlichkeitsantrag: Braunschweig-Mobil-Ticket - Dauerhafte Ausweitung der Nutzungszeit Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion 17-06020

Ratsfrau Schütze bringt den Dringlichkeitsantrag 17-06020 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Die Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets wird dauerhaft von 9.00 Uhr auf 8.30 Uhr ausgeweitet.“

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die dauerhafte Ausweitung des zeitlichen Nutzungszeitraums auf 8.30 Uhr zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16. Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstät- 17-05824

ten

Beschluss:

„Die Verwendung der Mehreinnahmen der Stadt Braunschweig aus der Neugestaltung der Kindertagesstätten-Entgelte zum Kindergartenjahr 2016/2017 erfolgt entsprechend der in der Begründung dargestellten und mit den Trägervertretenden und dem Stadtelternrat im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 SGB VIII - Kindertagesbetreuung sowie im Jugendhilfeausschuss am 19. Oktober 2017 erörterten Maßnahmenkataloges zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten.“

Im einzelnen werden folgende Qualitätsverbesserungen beschlossen:

1. Einsatz von Erzieherinnen/Erziehern als Zweitkräfte jeweils in Gruppen mit Leitungsviertretung. Die daraus resultierenden Veränderungen in den städtischen Kindertagesstätten werden sozialverträglich umgesetzt.
2. Entwicklung eines gemeinsamen pädagogischen Leitbildes Bildung und Betreuung (Workshop)
3. Anpassung der 2012 beschlossenen Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuungsqualität in Kitas in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf (VBQ) ab 2017
4. Anpassung der Förderung für Familienzentren ab 2017 einschließlich Qualifizierung und Fachberatung
5. Aufstockung der Projektmittel des VA/EV-Konzeptes (verhaltensauffällige/entwicklungsverzögerte Kinder) zur Konzeptfortschreibung und -erweiterung einschließlich Qualifizierung und Fachberatung ab 2017
6. Berücksichtigung weiterer Bundes- und Landesprogramme zur Verbesserung der Qualität in Kitas
7. Sachkostenförderung für Sprach-Kitas und Folgeprojekte (analog vorhergehender Bundesprogramme)
8. Budget zur Verringerung/Abschaffung der Schließzeiten (Pilotprojekt)
9. Budget zur Ausweitung der Öffnungszeiten (Pilotprojekt)
10. Zusätzliche Angebotsausweitungen/-anpassungen u. a. zur Ausweitung der Öffnungszeiten (z. B. Ganztagsbetreuung)
11. Budget zur Förderung kleinerer Maßnahmen/Aktivitäten („Honigtopf“ - entsprechend der Anregung des Stadtelternrates)
12. Medienkampagne u. a. inklusive Erstellung eines Elternwegweisers zur Kindertagesbetreuung
13. Evaluationsprojekte in ausgewählten Kitas bzw. zu ausgewählten Themen (bedarfsorientiert)
14. Sonderfonds für die Erneuerung/Ersetzung von Großspielgeräten in Kita
15. Die Beschlüsse zur Qualitätsentwicklung stehen unter dem Vorbehalt, dass die Kostenerstattung des Landes für die entfallenen Elternentgelte die geplanten Mehreinnahmen von 2,5 Mio. € abdeckt. Ansonsten können die Maßnahmen nur bis zu der Höhe der bis zum 31. Juli 2018 erzielten Mehreinnahmen, bzw. in Höhe der dann durch die Kostenerstattung gedeckten Mehreinnahmen umgesetzt werden.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 17. Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2018, in den Weihnachtsferien 2018/2019 sowie für die Familienfreizeit 2018** 17-05732

Beschluss:

„Die Teilnehmerentgelte für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie werden wie folgt festgesetzt:

270,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Osterfreizeit im Schullandheim des Märkischen Kreises auf Norderney vom 17. März 2018 bis 24. März 2018.

173,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Familienfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 5. Mai 2018 bis 12. Mai 2018.

Kinder unter 3 Jahren	50,00 €
Kinder von 3 bis 6 Jahren	112,00 €

440,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Sommerfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 18. Juli 2018 bis 5. August 2018.

211,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Herbstfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 28. September 2018 bis 5. Oktober 2018.

211,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Winterfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 28. Dezember 2018 bis 4. Januar 2019.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 18. Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe; Sanierung / Instandhaltungspauschale** 17-05890

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 17-05890 abstimmen.

Beschluss:

„Die Anlage 1 zu den Ausführungsbestimmungen zum Ratsbeschluss vom 21. Dezember 2004 über die Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen wird wie folgt geändert (vergl. Anlage 2):

C) Instandhaltungspauschale (Grundstücks- und Gebäudekosten) (ehemals Investitionsauschale)

Satz 1 und 2 werden ersetzt durch:

Für Instandhaltungen, Sanierungen und Ersatzbeschaffungen, die zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs und Werterhaltung des Gebäudes / der Einrichtung erforderlich sind, wird eine jährliche Pauschale pro geförderte Gruppe in Höhe von 8.550 € berücksichtigt.

Voraussetzung für die Gewährung der Instandhaltungspauschale ist die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Sicherstellung zukünftig erforderlicher Instandhaltungen/Sanierungen entsprechend der Anlage 2 zu diesem Ratsbeschluss.

Für Einrichtungen der Förderkategorien „Regelkindertagesstätten in Betriebsträgerschaft“ und „Regelkindertagesstätten in angemieteten Räumen“ entfällt die Instandhaltungspauschale.

Satz 3 und 4 bleiben unverändert.

Satz 5 wird wie folgt geändert:

Die genannten Beträge für Eltern-Kind-Gruppen wurden, wie angegeben, auf der Basis des Jahres 1999 ermittelt und entsprechend hochgerechnet.

Die getroffenen Regelungen treten zum 1. Januar 2018 in Kraft.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

- 19. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)** 17-05113

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 20. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)** 17-05512
- 20.1. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)** 17-05512-01
- 20.2. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)** 17-05512-02

Nach Aussprache stellt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Vorlage in der Fassung 17-05512-02 zur Abstimmung.

Beschluss zur Vorlage 17-05512-02:

„Die als Anlage zur Beschlussvorlage 17-05512-01 beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

- 21. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäudes für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspekt Soziale Integration"** 17-05536

Beschluss:

„1. Der Sanierung des Bestandsgebäudes Ludwig-Winter-Straße 4 (Kulturpunkt West) als Bestandteil des Projektes „Campus Donauviertel“ über die Richtlinie „Investitionspekt Soziale Integration“, Fördermittelbeantragung zum nächstmöglichen Zeitpunkt 2. Januar 2018, wird vorbehaltlich der Förderung durch das Land zugestimmt.

2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2,625 Mio. € werden vorbehaltlich der Förderung durch das Land im Teilhaushalt 61 im Rahmen der Haushaltsplanung 2018 budgetneutral zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**22. Anträge- Fortsetzung
(weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)**

Der ursprünglich unter diesem Punkt vorgesehene Antrag 17-06006 wird vorgezogen und unter Punkt 4.5 beraten.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann übernimmt die Sitzungsleitung. Von 17:53 Uhr bis 18:05 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Behandlung der Tagesordnung mit den Anfragen unter TOP 23 fortgesetzt.

23. Anfragen

Die Anfragen einschließlich der Dringlichkeitsanfrage werden von 18:06 Uhr bis 19:15 Uhr behandelt.

23.1. Sportstättensituation Volkmarode	17-06007
Anfrage der SPD-Fraktion	
23.1.1.Sportstättensituation Volkmarode	17-06007-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-06007-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.2. Spezielle Schmerztherapie und Ermächtigung	17-05995
Anfrage der AfD-Fraktion	
23.2.1.Spezielle Schmerztherapie und Ermächtigung	17-05995-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05995-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.3. Antworten der Stadt Braunschweig auf derzeitige ökologische Grundprobleme	17-06009
Anfrage der BIBS-Fraktion	
23.3.1.Antworten der Stadt Braunschweig auf derzeitige ökologische Grundprobleme	17-06009-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-06009-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

23.4. Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen	17-06001
Anfrage der Fraktion Die Linke.	
23.4.1.Dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen	17-06001-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-06001-01).

23.5. Sachstandsanfrage zu Antragsvorbereitungen auf Verleihung des Städtenamens "Hansestadt"	17-05988
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²	
23.5.1.Sachstandsanfrage zu Antragsvorbereitungen auf Verleihung des Städtenamens "Hansestadt"	17-05988-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 17-05988-01).

23.6. Kluge Ampeln für eine echte Smart City Braunschweig Anfrage der FDP-Fraktion	17-05990
23.6.1. Kluge Ampeln für eine echte Smart City Braunschweig	17-05990-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05990-01).

23.7. Fahrradabstellsituation am Hauptbahnhof Anfrage der SPD-Fraktion	17-06008
23.7.1. Fahrradabstellsituation am Hauptbahnhof	17-06008-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-06008-01).

23.8. Kosten für die Sicherung des Weihnachtsmarktes 2017 Anfrage der AfD-Fraktion	17-06010
23.8.1. Kosten für die Sicherung des Weihnachtsmarktes 2017	17-06010-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 17-06010-01).

23.9. Bildungsgerechtigkeit - Häufigkeit der Schulverweigerung Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-06000
23.9.1. Bildungsgerechtigkeit - Häufigkeit der Schulverweigerung	17-06000-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-06000-01).

23.10. Zwischenfall in Thune: Warum schweigt die Verwaltung? Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion	17-06032
23.10.1. Zwischenfall in Thune: Warum schweigt die Verwaltung?	17-06032-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-06032-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt wieder die Sitzungsleitung und stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

Graffstedt
Ratsvorsitzender

Geppert
Protokollführerin